



 UN
WOMEN 

**FÜR EINE
GESCHLECHTERGERECHTE
GESELLSCHAFT**

**GENERATION
EQUALITY**

INHALT

1	FRAUENRECHTE VERWIRKLICHEN
2	Vorwort: Karin Nordmeyer
5	FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE
6	UN WOMEN weltweit im Einsatz
8	UN WOMEN Deutschland
10	Vier internationale UN-Vereinbarungen als Wegweiser
11	- UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW)
13	- Pekinger Erklärung und Aktionsplattform
15	- Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit (UN-Sicherheitsrats Resolution 1325)
17	- Globale Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung
23	GENERATION EQUALITY FORUM
24	Handlungsempfehlungen zu den Themen der Sechs Action Coalitions
25	- Sexualisierte und geschlechtsbasierte Gewalt
28	- Wirtschaftliche Stärkung aller Geschlechter
31	- Körperliche Autonomie sowie sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte
34	- Klimagerechtigkeit
37	- Geschlechtersensible Technologien und Innovationen
40	- Feministische Bewegungen, Vorbilder und Führungspersönlichkeiten
45	GENERATION EQUALITY: REALITÄT ODER UTOPIE?
51	BLICK NACH VORNE
52	ANHANG
52	Stimmen zu Generation Equality
52	Weiterführende Informationen
53	Über die Autorinnen
53	Impressum





FRAUENRECHTE VERWIRKLICHEN

VORWORT

KARIN NORDMEYER



FRAUENRECHTE VERWIRKLICHEN FÜR EINE GESCHLECHTER- GERECHTE GESELLSCHAFT

Unser Erkenntnisstand heute: Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an der Gestaltung unserer Welt ist eine zentrale Voraussetzung für Frieden, Stabilität und nachhaltige Entwicklung. In keinem Land ist die tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen erreicht und aktuell lässt Covid-19 uns eher Rückschritte als Fortschritte bei der Bekämpfung dieser weltweiten

Ungleichheit erkennen. Geschlechtergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und auf allen Ebenen zu erreichen, bleibt das transformative Ziel unserer generationsübergreifenden Anstrengungen.

Auf dem Weg zu einem „Planet 50:50“ sollte das Jahr 2020 große Fortschritte ermöglichen und die noch fehlende Wegstrecke bis zum Ziel verkürzen helfen. Große öffentlichkeitswirksame politische Ereignisse standen an, nicht nur das 75-jährige Jubiläum der Vereinten Nationen, sondern zugleich jährten sich weitere vier wichtige international bindende UN-Vereinbarungen: 40 Jahre CEDAW (Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau - Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women)/25 Jahre Pekinger Erklärung und Aktionsplattform/ 20 Jahre UN-Sicherheitsratsresolution 1325, Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“/ 5 Jahre Globale Agenda für nachhaltige Entwicklung.

Die Pandemielage um Covid-19 zwang im März 2020 jedoch abrupt weltweit alle Veranstaltungsplanungen zum Stillstand – darunter auch kurzfristig die Sitzung der UN-Frauenrechtskommission (FRK). Es entfiel der mündliche Austausch zur Überprüfung der verpflichtenden Berichte der UN-Mitgliedsstaaten zum Umsetzungsstand der frauenpolitisch relevanten internationalen Vereinbarung von Peking+25. Nur wenige Konferenzen konnten in den vergangenen Monaten in kleinen virtuellen Formaten durchgeführt werden. Damit blieb der für 2020 erträumte große öffentlichkeitsweite Schub zur Umsetzung der Erkenntnissen aus diesen Berichten in politisch begleitete Maßnahmen aus.

Glücklicherweise hatte UN Women bereits Mitte 2019 die zukunftsweisende Kampagne „Generation Equality“ zur globalen Umsetzung der Aktionsplattform von Peking+25 ins Leben gerufen. Der Schlüsselmoment der Kampagne, das Generation Equality Forum (GEF), setzt die Kampagnenidee von UN Women in Kooperation mit den Regierungen von Mexiko und Frankreich um: als virtuelles Forum mit Kickoff im März 2021 in Mexico City und dem globalen GEF im Juli 2021 in Paris.

Eingeladen und beteiligt an der Gestaltung sind Akteure aus allen Bereichen der Weltgemeinschaft: es sind dies neben zahlreichen Regierungen die Zivilgesellschaft, die Wirtschaft und Unternehmer*innen, die Gewerkschaften, Künstler*innen, Hochschulen, Aktivist*innen und Influencer*innen aus den sozialen Medien. *Action Coalitions* werden die Aktionsbündnisse zum GEF genannt, die die Akteure in sechs Themenbereichen zusammenbringen. Alle verpflichten sich als commitment maker, die dringend notwendigen Maßnahmen und die Rechenschaftspflicht für das transformative Ziel der Gleichstellung der Geschlechter deutlich voranzutreiben. Dabei ist eine stabile, langfristige Finanzierung der zu treffenden Maßnahmen zielführend. Die akute Pandemielage macht es notwendig, ergänzend ein weiteres Aktionsbündnis zu Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS) und humanitären Maßnahmen einzubringen, welches weitere Ressourcen für die Umsetzung benötigt.

Die seit Beginn der Pandemie in allen Weltregionen offen zutage getretenen Rückschritte bei der Bekämpfung der Geschlechterungleichheit macht die Dringlichkeit deutlich, alle vorhandenen menschenrechtlichen Instrumente und politischen Möglichkeiten zu nutzen, um einen transformativen Wandel für kommende Generationen zu erreichen.

Diese Broschüre beschreibt unterschiedliche Aspekte der „Generation Equality“-Bewegung und formuliert beispielhaft Handlungsempfehlungen in Bezug auf die vier internationalen UN-Vereinbarungen und den Action Coalitions des zukunftsweisen Generation Equality Forums. Sie richtet den feministischen Blick auf die Umsetzung der vorhandenen UN-Menschenrechtsinstrumente.

Ich bin fest davon überzeugt, dass eine zukünftige geschlechtergerechte Gesellschaft nur gelingen wird, wenn Frauen und Männer gleiche Rechte und gleiche Pflichten wahrnehmen können und sie gleichberechtigt und generationenübergreifend Verantwortung für die Gestaltung und den Erhalt unserer Welt tragen. Dazu braucht es nicht nur Erkenntnisse und breites Wissen, sondern auch persönlichen Mut, sich einzumischen und gemeinsam zu handeln: the time is now.

Ihre



Karin Nordmeyer
Vorsitzende UN Women Deutschland (2004/2011 bis 2021)



Equiterra

Illustration: UN Women



FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

UN Women weltweit im Einsatz

UN Women Deutschland

**Vier internationale UN-Vereinbarungen
als Wegweiser**

UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW)

Pekinger Erklärung und Aktionsplattform

Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit
(UN-Sicherheitsrats Resolution 1325)

Globale Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

UN WOMEN WELTWEIT IM EINSATZ

Seit 2010 setzt sich UN Women als Einheit der Vereinten Nationen (United Nations) weltweit für die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Rechte von Frauen und Mädchen ein. Im Besonderen fördert UN Women rechtlich wie faktisch die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Mädchen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

UN Women ermöglicht Frauen und Mädchen den Zugang zu Bildung und Ausbildung, fördert ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit und ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung. UN Women bindet Frauen aktiv in nationale Konfliktbewältigungs- und Friedensprozesse ein und leistet Präventionsarbeit zu geschlechtsbasierter Gewalt während und nach kriegsähnlichen Auseinandersetzungen. Um dies zu erreichen, ist UN Women in über 90 Ländern in vielfältigen Projekten tätig und leistet bedarfsbezogene Hilfe. Ziel der Arbeit vor Ort ist es, die Lebensbedingungen von Frauen und Mädchen unmittelbar und langfristig zu verbessern.

In und nach humanitären Krisen ergänzt UN Women die Arbeit anderer UN-Einheiten und gewährleistet die Teilhabe von Frauen am Wiederaufbau von Gesellschaften.

Um das Leben aller Geschlechter nachhaltig positiv zu verändern, sind jedoch noch zahlreiche weiterführende politische Anstrengungen notwendig. UN Women arbeitet daher weltweit eng mit Regierungen zusammen, um bereits beschlossene internationale Standards und Normen durchzusetzen, sie an neue Gegebenheiten anzupassen, weiterzuentwickeln sowie Rückschritte zu verhindern.

Die Arbeit von UN Women wird von derzeit 12 nationalen Komitees unterstützt und weitergetragen, darunter zählt seit 2011 auch das deutsche Komitee: UN Women Deutschland.

**27
diskriminierende
Gesetze
in 17 Ländern
wurden von
UN Women
allein in 2018
abgeschafft.**



Von UN Women erbaute Anlaufstelle für geflüchtete Frauen und Mädchen der Rohingya in einer Unterkunft in Bangladesch.

Credit: UN Women/Allison Joyce

UN WOMEN DEUTSCHLAND

Das deutsche Komitee für UN Women (vormals deutsches Komitee für UNIFEM: United Nations Development Fund for Women) ist ein deutscher gemeinnütziger Verein, der sich für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rechte von Frauen und Mädchen einsetzt. Um diese wichtigen Aufgaben auf nationaler Ebene erfüllen zu können, ist das Komitee durch einen Anerkennungsvertrag mit UN Women verbunden und wirkt als strategischer Partner der deutschen Bundesregierung. Zu den Aufgaben des Komitees gehört es auch, in Deutschland Spenden für die weltweiten Projekte von UN Women einzuwerben.

UN Women Deutschland setzt sich für die Umsetzung von internationalen Vereinbarungen zu Frauenrechten in Deutschland ein und vernetzt sich dazu mit unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur*innen. Die Projektarbeit des deutschen Komitees wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

UN Women Deutschland nimmt eine generationsübergreifende Brückenfunktion zwischen der UN und der Zivilgesellschaft ein und steht im direkten Austausch mit Parlamentarier*innen, Wissenschaftler*innen, Unternehmer*innen sowie Vertreter*innen von Nichtregierungsorganisationen (NRO).

Die von UN Women ins Leben gerufene internationale Solidaritätsbewegung #HeForShe, mit der Männer auf die noch bestehenden Ungleichheiten in Geschlechterfragen öffentlichkeitswirksam und positiv motivierend aufmerksam machen, ist auch in Deutschland erfolgreich. Mit #HeForShe gelingt es zunehmend, insbesondere Männer aus Politik, Kultur und Wirtschaft zu bewegen, sich öffentlich für die Stärkung von Frauenrechten und für Geschlechtergerechtigkeit auszusprechen. Zu den prominenten Unterstützern in Deutschland zählen der Politiker Heiko Maas, der Musiker Clueso, der Schauspieler Bjarne Mädel, der Journalist Jaafar Abdul Karim sowie der CEO von Vodafone, Vittorio Colao.



Das HeForShe Deutschland Botschafterprogramm wurde im März 2020 erweitert:
nun sind sechs ehrenamtliche Botschafter tätig (von links nach rechts):
Vincent-Immanuel Herr, Robert Franken, Fikri Anıl Altıntaş, Gerhard Hafner,
Martin Speer und Dr. Joy Asongazoh Alemazung.

Credit: UN Women Deutschland

VIER INTERNATIONALE UN-VEREINBARUNGEN ALS WEGWEISER

UN-FRAUENRECHTS- KONVENTION (CEDAW)

**18. Dezember 1979
nach Ratifizierung
völkerrechtlich bindend**

PEKINGER ERKLÄRUNG UND AKTIONSPLATTFORM

**15. September 1995
Überprüfung
verpflichtend**

AGENDA ZU FRAUEN, FRIEDEN UND SICHERHEIT

**(UN-Sicherheitsrats
Resolution 1325)
31. Oktober 2000
völkerrechtlich bindend**

GLOBALE AGENDA 2030 FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

**25. September 2015
Überprüfung
verpflichtend**

DIE UN-FRAUENRECHTS-KONVENTION (1979/1999)

Die UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) ist das wichtigste völkerrechtliche Instrument für die Rechte von Frauen und Mädchen. Es verpflichtet die unterzeichnenden Vertragsstaaten auf allen Ebenen und in allen Bereichen, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Mädchen zu verwirklichen.

Die Generalversammlung der UN verabschiedete 1979 mit dem **Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau** (Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women, CEDAW) erstmals ein Menschenrechtsinstrument, um die Benachteiligung von Frauen in allen Lebensbereichen zu beseitigen. Die 189 Staaten, die die Frauenrechtskonvention inzwischen ratifiziert haben, verpflichten sich, die Gleichberechtigung der Geschlechter nicht nur formal als Norm zu akzeptieren, sondern sie in einen staatlichen Handlungsauftrag umzuwandeln und in der Folge umzusetzen. Um die Einhaltung der Umsetzung zu überwachen, wurde 1982 ein Ausschuss von 23 Sachverständigen aus UN-Mitgliedsstaaten eingesetzt. Zurzeit ist Deutschland in diesem Ausschuss nicht vertreten.

Deutschland hat CEDAW im Jahr 1985 ratifiziert und damit sind die Bestimmungen des Übereinkommens für Deutschland rechtlich bindend. Im Jahr 1999 wurde CEDAW durch ein Fakultativprotokoll ergänzt, damit werden auch Individualbeschwerden an den CEDAW-Ausschuss möglich. 2002 ratifizierte Deutschland das

Fakultativprotokoll. Die Stellungnahme des Ausschusses zu einer Individualbeschwerde ist für deutsche Gerichte jedoch nicht bindend.

Die CEDAW-Allianz Deutschland

Alle Vertragsstaaten müssen dem CEDAW-Ausschuss im Vierjahres-Rhythmus über die Fortschritte bei der Umsetzung berichten. Der Bericht kann durch Alternativberichte der Zivilgesellschaft ergänzt werden. Um das neunte CEDAW-Staatenberichtsverfahren der deutschen Bundesregierung kritisch zu begleiten, hat sich 2018 die CEDAW-Allianz Deutschland aus zivilgesellschaftlichen Gruppen gegründet. Anlässlich des 40. Jubiläums der UN-Frauenrechtskonvention überreichte die CEDAW-Allianz Deutschland, zu der auch UN Women Deutschland gehört, im November 2019 der Bundesregierung eine Stellungnahme zum Stand der Frauenrechte in Deutschland und entsprechende Empfehlungen.

**Das CEDAW
Fakultativprotokoll
ermöglicht es Frauen,
Individualbeschwerde
einzureichen.**

STIMME ZU GENERATION EQUALITY



**Prof. Dr. Beate
Rudolf**

Direktorin des Deutschen Instituts für
Menschenrechte

„Die VN-Frauenrechtskonvention CEDAW, setzt den rechtsverbindlichen Rahmen für das Handeln fast aller Staaten weltweit. Sie ist auch Maßstab für das Handeln der VN. CEDAW sieht die Diskriminierung von Frauen in ihrem strukturellen Kontext. Sie bietet, gerade in der Auslegung der Konvention durch den CEDAW-Ausschuss und den von ihm entwickelten Empfehlungen, die Handhabe für die Überwindung patriarchaler Stereotype, Strukturen und Machtverhältnisse, die bis heute weltweit Frauen daran hindern, gleichberechtigt in allen Lebensbereichen mitzuwirken. Doch ohne Frauen ist kein dauerhafter Frieden möglich, und Sicherheitspolitik muss die spezifischen Sicherheitsbedrohungen für Frauen berücksichtigen. CEDAW ist damit das zentrale Instrument für eine feministische Friedens- und Sicherheitspolitik, die allen Menschen nützt. Deshalb arbeite ich als Direktorin der Nationalen Menschenrechtsinstitution Deutschlands zu CEDAW, etwa durch die Herausgabe eines internationalen Kommentars zu CEDAW, durch Beratung von Staat und Zivilgesellschaft, Beteiligung an den Staatenberichtsverfahren an den CEDAW-Ausschuss und innerhalb der Globalen Allianz der Nationalen Menschenrechtsinstitutionen.“

DIE PEKINGER ERKLÄRUNG UND AKTIONSPLATTFORM (1995)

Die Erklärung und Aktionsplattform der vierten Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking ist das bis heute umfassendste Konzept zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung von Frauen und Mädchen. Die Überprüfung dieser internationalen Vereinbarung ist in allen UN-Mitgliedstaaten verpflichtend.

Die Pekinger Erklärung und Aktionsplattform ist das Ergebnis jahrelanger Anstrengungen innerhalb und außerhalb der UN-Gremien, um Geschlechtergerechtigkeit zu fördern. Sie wurde von 189 Regierungen angenommen. Sie gibt ein umfassendes Bild davon, in welchen Bereichen bestehende Ungerechtigkeiten überwunden werden müssen und leitet strategische Maßnahmen in zwölf Bereichen ein:

12 BEREICHE

FRAUEN UND ARMUT

FRAUEN UND BILDUNG

FRAUEN UND GESUNDHEIT

BEENDIGUNG VON GEWALT GEGEN FRAUEN

FRAUEN UND BEWAFFNETE KONFLIKTE

FRAUEN UND WIRTSCHAFT

FRAUEN IN MACHT UND ENTSCHEIDUNGSVERFAHREN

INSTITUTIONELLE MECHANISMEN ZUR FÖRDERUNG DER FRAU

MENSCHENRECHTE VON FRAUEN

FRAUEN UND MEDIEN

FRAUEN UND UMWELT

MÄDCHEN

In der Aktionsplattform wurden bahnbrechende strategische Ziele definiert und Maßnahmen aufgelistet, die dazu beitragen sollen, dass jede Frau und jedes Mädchen ihre Freiheiten wahrnehmen und ihre Rechte verwirklichen kann, wie etwa: Frei von Gewalt zu leben, zur Schule zu gehen, Entscheidungen über ihr Leben zu treffen und gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit zu erhalten.

Deutschlands Umsetzung nach 25 Jahren Peking

Das BMFSFJ veröffentlichte 2020 den Bericht der Bundesregierung Deutschlands zur Umsetzung der Pekinger Erklärung und Aktionsplattform. In diesem Bericht werden die Fortschritte der letzten fünf Jahre seitens der Bundesregierung in allen 12 Schwerpunkten beleuchtet. Als wichtigste Themenbereiche identifiziert die Bundesregierung: Gleichstellungsstrategie, Geschlechtergerechtigkeit im Erwerbsleben, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie die internationale Gleichstellungspolitik.

Von Generation Peking zu Generation Equality

Anlässlich des 25. Jubiläums der Pekinger Erklärung und Aktionsplattform im Jahr 2020 wurden von UN Women mehrere beratende Gremien ins Leben gerufen, die die breite internationale Zivilgesellschaft größtmöglich an den Entscheidungsfindungen zur Umsetzung beteiligt. Auch Deutschland ist vertreten mit den Aktivistinnen Xenia Keller in der Civil Society Advisory Group und Elisabeth Keuten in der Youth Task Force. Es geht in der Gremienarbeit vor allem darum, die Lücken der Pekinger Erklärung und Aktionsplattform zu schließen und generationsübergreifend die neuen Herausforderungen anzugehen. So wird die Aufmerksamkeit verstärkt auf Probleme bei der Digitalisierung, bei den neuen Technologien und der Hasskriminalität im Internet gelenkt. Auch ein Verständnis von Mehrfachdiskriminierungen rückt in den Vordergrund der politischen Forderungen.

STIMME ZU GENERATION EQUALITY



Sascha Gabizon

Executive Director bei Women Engage for a
Common Future (WECEF)

„Als ich 1995 am Forum der Zivilgesellschaft auf der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking teilnahm, haben wir uns mit den Frauen in Bosnien und Herzegowina

solidarisch gezeigt. Wir riefen zu Entmilitarisierung auf, und forderten Gelder anstatt in das Militär in soziale Maßnahmen zu investieren. Heute, 25 Jahre später, hat sich die Situation noch verschlimmert. Es wird in militärische Aufrüstung und Innovationen investiert. Gelder, die in der Covid-19 Pandemie dringend für eine nachhaltige Entwicklung, die öffentliche Gesundheit und Dienstleistungen benötigt werden, fehlen dadurch. Bei WECEF setzen wir uns mit den Ursachen von Konflikten auseinander, die durch historische Machtungleichgewichte entstanden sind, die patriarchale Strukturen stärken und die mit dem Wettbewerb um zunehmend knapper werdende natürliche Ressourcen zusammenhängen.“

UN-SICHERHEITSRATS RESOLUTION 1325 (2000) DIE AGENDA ZU FRAUEN, FRIEDEN UND SICHERHEIT

Mit der Verabschiedung der Resolution 1325, der „Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit“, manifestierte der UN-Sicherheitsrat im Jahr 2000 die Bedeutung der Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen und am Wiederaufbau der Nachkriegsgesellschaften. Resolution 1325 und ihre neun nachfolgenden Resolutionen sind völkerrechtlich bindend für alle UN-Mitgliedsstaaten.

Akteur*innen aus Regierungen und der weltweiten Zivilgesellschaft haben sich seit den 1980er Jahren im UN-Sicherheitsrat stetig für eine Resolution eingesetzt, die die besondere Rolle von Frauen in Konfliktsituationen anerkennt. Auch die zentrale Bedeutung von Frauen als sog. *positive agents for change* beim Wiederaufbau von Gesellschaften nach Konflikten anzuerkennen, wurde immer wieder eingefordert. Die UN-Resolution 1325 ist das Herzstück der inzwischen auf insgesamt zehn Resolutionen angewachsenen Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit (Women, Peace and Security, WPS-Agenda). Die vier Kernbereiche der Resolution 1325 **„Prävention, Schutz, Partizipation und Wiederaufbau“** nimmt Frauen in ihrer aktiven Rolle zur Erreichung eines globalen Friedens als wichtige Partnerinnen wahr. Die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit verpflichtet alle UN-Mitgliedstaaten, Frauen in allen Bereichen der Sicherheits- und Friedenspolitik zu beteiligen und die Sicherheitsarchitektur geschlechtergerecht zu gestalten. Insbesondere ist die Beteiligung von Frauen in Friedenseinsätzen und an Friedensabkommen sicher zu stellen.

Nationale Aktionspläne zur Umsetzung in Deutschland

Zur wirksamen Umsetzung der Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit in Deutschland werden Nationale Aktionspläne (NAP) erstellt. Hierfür wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe unter der Federführung des Auswärtigen Amts eingesetzt. Auch die Zivilgesellschaft, insbesondere das Bündnis 1325, ein Zusammenschluss mehrerer zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, die seit fast 20 Jahren an der Umsetzung der Agenda in Deutschland beteiligt ist, und dem auch UN Women Deutschland angehört, wird durch regelmäßige Konsultationen im Erarbeitungsprozess der NAP eingebunden. Die Bundesregierung genehmigt die NAP. Sie fördert mit der Bereitstellung von Ressourcen die Rechte von Frauen und Mädchen in Krisen und Konflikten sowie die Teilhabe und Mitwirkung von Frauen an friedenssichernden Maßnahmen. Im März 2021 wurde der dritte NAP veröffentlicht und baut auf dem ersten NAP (2013-2016) und dem zweiten NAP (2017-2020) auf. Eine der wichtigsten Aufgaben des Bündnis 1325 ist es, konkrete Forderungen für die NAP zu formulieren sowie Handlungsempfehlungen an die deutsche Bundesregierung zu richten. So griff das Bündnis im Juni 2020 in seinen Forderungen unter anderem die mangelhafte Unterstützung für geflüchtete Frauen und Mädchen auf und wies auf Umsetzungslücken hin.

**6% der
Mediator:innen in
Friedensprozessen
von 1992 bis 2019
waren Frauen.**

UN-SICHERHEITSRATS RESOLUTIONEN DER AGENDA ZU FRAUEN, FRIEDEN UND SICHERHEIT (BEZUGSDOKUMENTE)

2000

Resolution 1325 legt den Grundstein für die Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit. Darin werden UN-Mitgliedstaaten und Konfliktparteien aufgefordert, die Rechte von Frauen zu schützen und Frauen gleichberechtigt in Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und den Wiederaufbau einzubeziehen.

2008

Resolution 1820 legt Grundsätze zum Umgang mit sexueller Gewalt in Konflikten fest (u.a. strafrechtliche Verfolgung und Sanktionen).

2009

Resolution 1889 fordert die breitere Mitwirkung von Frauen an Friedensprozessen nach der Beendigung von Konflikten.

Resolution 1888 fordert die Einbeziehung von Frauen in Friedensmissionen, schafft den Posten der Sonderbeauftragten für sexualisierte Gewalt in Konflikten und Beraterinnen zum Schutz von Frauen in Friedensmissionen.

2010

Resolution 1960 überträgt die Schutzverantwortung auf die Missionsleitung und führt Listen über Konfliktparteien ein, die sexualisierte Gewalt anwenden.

2013

Resolution 2122 fordert den Zugang zur sexuellen und reproduktiven Gesundheitsversorgung auch in Bezug auf Schwangerschaften infolge von Vergewaltigungen.

Resolution 2106 fordert Sanktionen und Prävention sexualisierter Gewalt.

2015

Resolution 2242 legt eine Null-Toleranz-Haltung gegenüber sexuellem Missbrauch durch Friedenstruppen fest und fordert die Verdoppelung des Anteils von Frauen in Friedenseinsätzen bis 2020.

2019

Resolution 2467 fordert alle Konfliktparteien auf, sexualisierte Gewalt in Konflikten zu beenden und stellt Überlebende in den Mittelpunkt.

Resolution 2493 fordert die Schaffung eines sicheren Umfelds für weibliche Führungspersönlichkeiten, für Mediatorinnen und Menschenrechtsverteidigerinnen.

DIE AGENDA 2030 FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG (2015)



Die globale Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (Global Sustainable Development Goals, SDG) ist mit ihren 17 Zielen und 169 Unterzielen ein Wegweiser für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Die Überprüfung der Vereinbarung ist für die UN-Mitgliedsstaaten verpflichtend.

Das Verständnis von Nachhaltigkeit der Agenda 2030 umreißt die Rahmenbedingungen, die nötig sind, um allen Menschen heute sowie zukünftigen Generationen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Die Agenda stellt einen wichtigen Motor für Wirtschaftswachstum und Entwicklung dar und ist damit zugleich in ökonomischer sowie in sozialer Hinsicht unverzichtbar. So greift sie mit dem Ziel 13 die Notwendigkeit einer nachhaltigen Klimapolitik auf und birgt das Potenzial, Querschnittsthemen für eine geschlechtergerechte Gesellschaft aufzugreifen.

Ziel 5 der Agenda 2030 beschäftigt sich mit Geschlechtergerechtigkeit sowie der Stärkung der Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen. Um die tief verwurzelte und noch immer existierende vielfältige Diskriminierung von Frauen und Mädchen zu bekämpfen, formuliert Ziel 5 zahlreiche Unterziele und Indikatoren.

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie

Einen wesentlichen Rahmen für die nationale Umsetzung der Agenda 2030 bildet die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Sie baut auf den 17 Zielen der Agenda 2030 auf und verwendet diese als Richtschnur für die deutsche Politik.

In Bezug auf Ziel 5 widmet sich die deutsche Bundesregierung diesen Indikatoren:

5.1

Alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall auf der Welt beenden

5.1.a

Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern

5.1.b

Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft

5.1.c

Berufliche Qualifizierung von Frauen und Mädchen durch deutsche Entwicklungszusammenarbeit

Im Entwurf zur Weiterentwicklung der Strategie für das Jahr 2021 wird neben den oben genannten Messgrößen die Prävention von Gewalt, die Unterstützung von gewaltbetroffenen Frauen und die Verbesserung entsprechender Hilfsstrukturen als Schwerpunkt der deutschen Politik für Geschlechtergerechtigkeit genannt. Aktuell wird in der Nachhaltigkeitsstrategie Geschlechtergerechtigkeit isoliert von den anderen Zielen betrachtet; eine geschlechtersensible Perspektive bei deren Umsetzung fehlt.

DIE GLOBALE AGENDA 2030 FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG (GLOBAL SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS, SDG) IST MIT IHREN 17 ZIELEN UND 169 UNTERZIELEN EIN WEGWEISER FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE GESELLSCHAFT.

<p>1 KEINE ARMUT</p>  <p>Weltweit leben 122 Frauen im Alter von 25 bis 34 Jahren in extremer Armut, verglichen mit 100 Männern derselben Altersgruppe.</p>	<p>9 INDUSTRIE, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR</p>  <p>Frauen machen 28,8 Prozent des weltweiten Forschungspersonals aus. Nur ungefähr eines von fünf Ländern hat diesbezüglich Parität zwischen den Geschlechtern erreicht.</p>	<p>5 GESCHLECHTERGLEICHHEIT</p>  <p>In der Agenda 2030 wird versprochen, die Barrieren aus dem Weg zu räumen, die Frauen und Mädchen daran hindern, ihr volles Potenzial auszuschöpfen. Dafür müssen jedoch beträchtliche Herausforderungen bewältigt werden.</p>
<p>10 WENIGER UNGLEICHHEITEN</p>  <p>Bis zu 30 Prozent der Einkommensungleichheit ist auf Ungleichheit innerhalb des Haushalts zurückzuführen, auch auf Ungleichheit zwischen Frauen und Männern. Bei Frauen ist auch die Wahrscheinlichkeit höher als bei Männern, dass sie unterhalb von 50 Prozent des Medianeinkommens leben.</p>	<p>2 KEIN HUNGER</p>  <p>Bei Frauen ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie ihre Ernährungssituation als unsicher angeben, bis zu 11 Prozentpunkte höher als bei Männern.</p>	<p>3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN</p>  <p>Weltweit starben 2015 303.000 Frauen im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft. Die Sterberate sinkt zu langsam, um die Zielvorgabe 3.1 zu erreichen.</p>
<p>14 LEBEN UNTER WASSER</p>  <p>Die Verschmutzung von Süßwasser- und Meeresökosystemen hat negative Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen von Frauen und Männern, ihre Gesundheit und die Gesundheit ihrer Kinder.</p>	<p>6 SAUBERES WASSER UND SANITÄR-EINRICHTUNGEN</p>  <p>In 80 Prozent der Haushalte ohne Zugang zu Wasser auf dem Grundstück sind Frauen und Mädchen dafür verantwortlich, Wasser zu holen.</p>	<p>5.1 In 18 Ländern können Ehemänner in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht ihre Frauen daran hindern, einer Arbeit nachzugehen; in 39 Ländern haben Töchter und Söhne keine gleichen Erbrechte, und 49 Länder haben keine Gesetze, die Frauen vor häuslicher Gewalt schützen.</p> <p>5.2 19 Prozent der Frauen und Mädchen im Alter von 15 bis 49 Jahren erfuhren in den letzten zwölf Monaten physische und/oder sexualisierte Gewalt durch einen Intimpartner.</p>
<p>15 LEBEN AN LAND</p>  <p>Zwischen 2010 und 2015 büßte die Welt 3,3 Millionen Hektar Waldfläche ein. Arme Frauen in ländlichen Gebieten sind auf Gemeingüter angewiesen und von deren Erschöpfung ganz besonders betroffen.</p>		<p>5.3 Weltweit waren 750 Millionen Frauen und Mädchen vor dem 18. Lebensjahr verheiratet, und mindestens 200 Millionen Frauen und Mädchen in 30 Ländern wurden Opfer von Genitalverstümmelung.</p>

5.4 Frauen leisten 2,6-mal so viel unbezahlte Sorge- und Hausarbeit wie Männer.

5.5 Frauen haben nur 23,7 Prozent der Parlamentssitze inne, ein Anstieg um 10 Prozentpunkte gegenüber dem Jahr 2000 – aber immer noch weit entfernt von gleichen Anteilen.

5.6 Nur 52 Prozent der Frauen, die verheiratet sind oder in einer Beziehung leben, treffen frei ihre eigenen Entscheidungen über Sexualität, Gebrauch von Verhütungsmitteln und Gesundheitsversorgung.

5.a Weltweit sind von den Personen, die Agrarflächen besitzen, nur 13 Prozent Frauen.

5.b Bei Frauen ist die Wahrscheinlichkeit geringer als bei Männern, dass sie ein Mobiltelefon besitzen, und sie nutzen das Internet um 5,9 Prozentpunkte weniger als Männer.

5.c Mehr als 100 Länder haben Maßnahmen ergriffen, um die Zuweisung öffentlicher Mittel zugunsten der Gleichstellung der Geschlechter zu verfolgen.

7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE



Die Raumluftverschmutzung infolge der Nutzung von Brennstoffen als Energiequelle im Haushalt verursachte 2012 4,3 Millionen Todesfälle, von denen 60 Prozent auf Frauen und Mädchen entfielen.

4 HOCHWERTIGE BILDUNG



15 Millionen Mädchen im Grundschulalter werden nie die Chance erhalten, in der Grundschule lesen oder schreiben zu lernen, verglichen mit 10 Millionen Jungen.

13 MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ



11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN



Frauen, die in städtischen Slums leben, sind mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert. Dazu zählt auch, dass die Grundversorgung etwa bezüglich des Zugangs zu Trinkwasser und angemessenen sanitären Einrichtungen nicht gewährleistet ist.

12 NACHHALTIGE/R KONSUM UND PRODUKTION



Investitionen in den öffentlichen Personenverkehr sind mit großem Nutzen für Frauen verbunden, die im Allgemeinen öffentliche Verkehrsmittel stärker nutzen, als Männer dies tun.

Vom Klimawandel sind Frauen und Kinder überproportional betroffen. Die Wahrscheinlichkeit, bei einer Katastrophe zu sterben, ist bei ihnen 14-mal so hoch wie bei Männern.

16 FRIEDEN, GERECHTIGKEIT UND STARKE INSTITUTIONEN



In Konfliktzeiten steigt die Rate der Tötungsdelikte und anderer Formen der Gewaltkriminalität deutlich an. Während Männer eher auf dem Schlachtfeld getötet werden, werden Frauen während Konflikten sexualisierter Gewalt ausgesetzt und entführt, gefoltert und gezwungen, ihr Heim zu verlassen.

17 PARTNERSCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE



2012 beliefen sich die Abflüsse von Finanzmitteln aus den sogenannten Entwicklungsländern auf das 2,5-Fache der Zuflüsse an Entwicklungsgeldern, und Mittelzuweisungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter verblassten im Vergleich.

8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM



Die globalen geschlechtsbedingten Entgeltunterschiede belaufen sich auf 23 Prozent. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen beträgt 63 Prozent, diejenige von Männern 94 Prozent.

STIMME ZU GENERATION EQUALITY

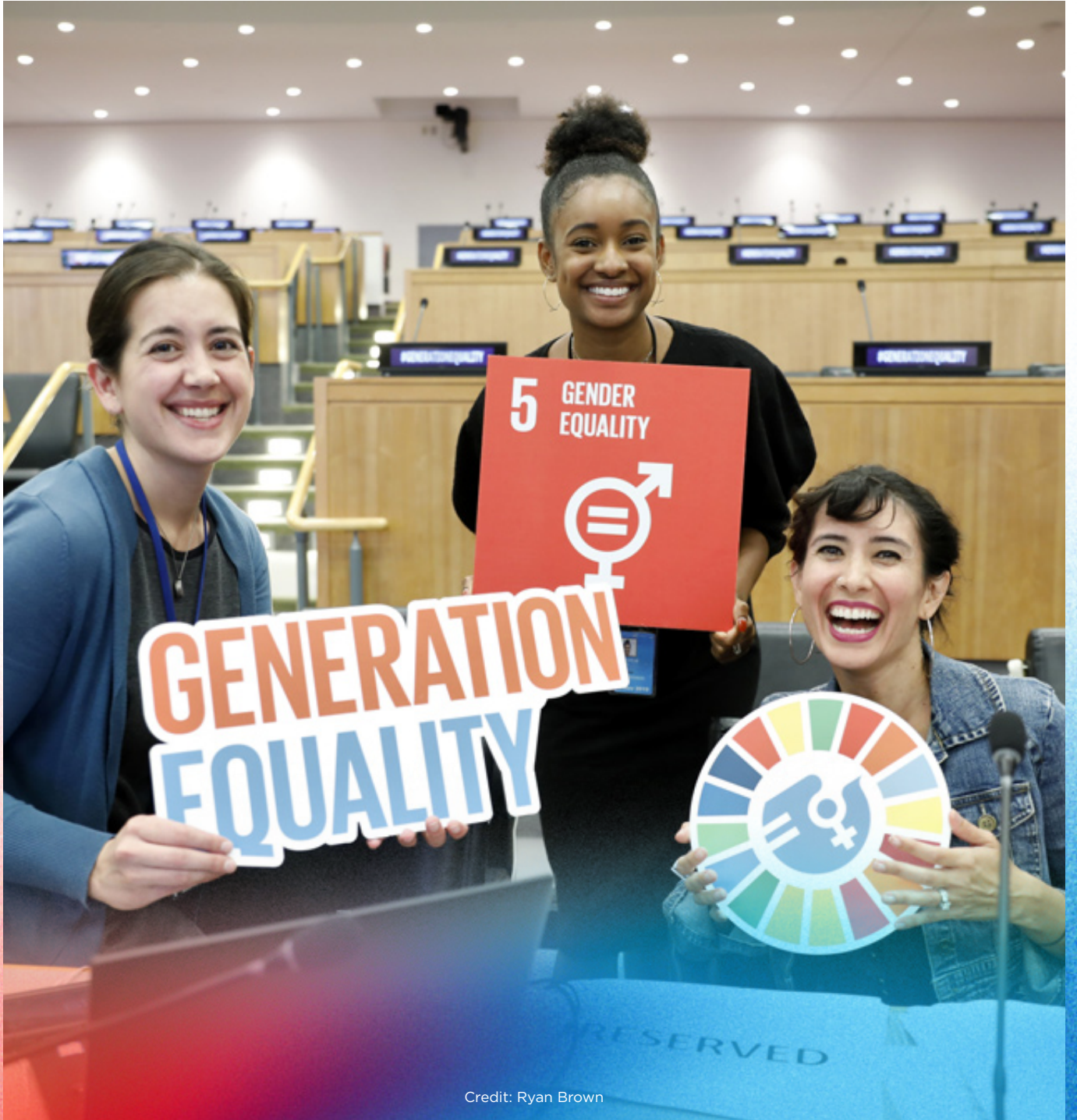


Dr. Hannah Birkenkötter

Vorstandsmitglied der Deutschen
Gesellschaft für die Vereinten Nationen

„Die Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung ist der Leitfaden für die Arbeit der Vereinten Nationen und sollte auch Leitfaden für die Politik in ihren Mitgliedstaaten sein. Schließlich erklärt die Agenda 2030 explizit, dass sie auf alle Länder der Welt unterschiedslos anwendbar ist. Die Agenda ist von dem Gedanken getragen, dass die Beseitigung bestehender Ungleichheiten ein essentieller Baustein für nachhaltige Entwicklung ist. Sie formuliert die Vision einer Welt, in der jede Frau und jedes Mädchen volle Gleichstellung genießt und in der alle rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Schranken für ihre Selbstbestimmung aus dem Weg geräumt sind (Abs. 8). Von einer solchen Welt sind wir auch in Deutschland noch weit entfernt. Noch immer muss Geschlechtergerechtigkeit als Teil des Kampfes gegen Ungleichheit auf allen Ebenen gedacht werden, nicht als Nischenthema eines einzelnen Ressorts. Dazu gehört neben dem Mangel von Frauen in Machtpositionen, auch ein Wandel der Arbeitswelt insgesamt: Sorgearbeit muss endlich als Arbeit und nicht als eine Art naturgegebener Berufung verstanden und intersektionale Benachteiligungen als solche erkannt werden. . Was man in New York mit dem Ziel 5 der Agenda 2030 verspricht, muss Deutschland auch vor Ort einhalten. Das sollte man fünf Jahre nach Verabschiedung der Agenda von Deutschland erwarten dürfen.“





Credit: Ryan Brown



GENERATION EQUALITY FORUM

zu den Themen
der Sechs Action Coalitions

GENERATION EQUALITY FORUM

DIE SECHS ACTION COALITIONS

Anhand der Themen der sechs Action Coalitions (ACs) werden beispielhaft Querverbindungen und Zusammenhänge aufgezeigt, die die internationalen UN-Vereinbarungen mit der aktuellen politischen Schwerpunktsetzung verbinden. Es werden Lücken in der Umsetzung in Deutschland aufgezeigt und exemplarisch generationsübergreifende Lösungsvorschläge vorgestellt.

Sexualisierte
und
geschlechtsbasierte
Gewalt



Wirtschaftliche
Stärkung
aller Geschlechter



Körperliche
Autonomie sowie
sexuelle und
reproduktive
Gesundheit und
Rechte



Inklusive
Klimagerechtigkeit



Geschlechtersensible
Technologien
und
Innovationen



Feministische
Bewegungen,
Vorbilder
und
Führungspersönlichkeiten





ZIEL

FÜR EIN LEBEN FREI VON GEWALT – ALLE FORMEN VON SEXUALISierter UND GESCHLECHTSBASierter GEWALT IM ÖFFENTLICHEN UND PRIVATEN RAUM VERHINDERN.

Sexualisierte und geschlechtsbasierte Gewalt äußert sich in vielen Formen: als physische, psychische oder als sexualisierte Gewalt, die gegen den Willen einer Person geschieht. Oft wird Gewalt im häuslichen Raum durch (Ex-)Partner*innen sowie Familienangehörige ausgeübt. Insbesondere für Überlebende aus bereits benachteiligten Gruppen wirkt sich die noch ungenügende staatliche Infrastruktur für Hilfeleistungen belastend auf die Lebenssituation aus. Die erneute Traumatisierung durch Gewalterfahrungen wird verstärkt. Die ambulante psychosoziale Versorgung für Betroffene ist in Deutschland noch mangelhaft. Die Verfügbarkeit von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen deckt nicht den Bedarf und ist oftmals nicht langfristig finanziert. Zudem ist für Schutzsuchende mit Behinderung nur jede vierte Beratungsstelle barrierefrei zugänglich.

Anmerkungen

Die vier internationalen Vereinbarungen geben verschiedene Maßnahmen vor, um Frauen und Mädchen ein Leben frei von sexualisierter und geschlechtsbasierter Gewalt zu ermöglichen. Insbesondere sind dies konkrete und sehr weitgreifende Schutzmaßnahmen, eine zielgerichtete Präventionsarbeit und die konsequente Strafverfolgung.

CEDAW:

Allgemeine Empfehlungen Nr. 12

Empfehlung an die Vertragsstaaten, ihren Bürger*innen umfassende Informationen zum Stand der Gesetzgebung zu konkreten Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor Gewalt innerhalb der Familie, am Arbeitsplatz oder in anderen Bereichen des sozialen Lebens zur Verfügung zu stellen, und ausreichende Hilfsangebote für Frauen bereitzuhalten.

Pekinger Aktionsplattform:

D. Gewalt

Die strategischen Ziele D.1 bis D.3 empfehlen Maßnahmen zur Bereitstellung, Finanzierung und Förderung von Beratungs- und Rehabilitationsprogrammen für diejenigen, die Gewalt begehen sowie die Förderung von Forschungsarbeiten zur Begünstigung solcher Beratungs- und Rehabilitationsprogrammen, mit dem Ziel, neuerliche Gewalthandlungen zu verhindern (125 i).

Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit: Resolution 2106

Die Resolution 2106 erkennt an, dass die konsequente und strenge strafrechtliche Verfolgung sexualisierter Gewaltverbrechen zur Abschreckung und Prävention von zentraler Bedeutung sind. Die konkrete strafrechtliche Ausformulierung liegt in nationaler Eigenverantwortung.

Ziel 5 der Agenda 2030 zur Geschlechtergleichberechtigung und Selbstbestimmung:

Das Unterziel 5.2 fordert, dass alle Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen im öffentlichen und privaten Bereich, einschließlich des Menschenhandels sowie sexualisierter, und anderer Formen der Ausbeutung, beseitigt werden. Der dazugehörige SDG Indikator 5.2.1 erfasst hierzu, wie viele Frauen und Mädchen über 15 Jahren innerhalb eines Jahres körperlicher, sexualisierter oder psychischer Gewalt durch eine*n Intimpartner*in ausgesetzt waren.

**Alle 2,6 Tage
wird in Deutschland
eine Frau durch
ihren (Ex-)Partner
getötet.**

Lücken in der aktuellen Umsetzung in Deutschland

Die Staatenberichte zur UN-Frauenrechtskonvention und auch die Berichte zu den weiteren internationalen Vereinbarungen machen deutlich, dass sexualisierte und geschlechtsbasierte Gewalt überall in der Welt und in allen Gesellschaftsschichten vorkommt, auch in Deutschland. Im Hinblick auf Prävention, den Schutz und die Wiedereingliederung von Überlebenden sowie Täter*innen besteht eine Umsetzungslücke. Zum Beispiel sind aktuelle staatliche Angebote weiterhin mit Eigenbeiträgen verbunden und zudem für Menschen mit Behinderung kaum barrierefrei zugänglich.

Politische Forderung für generations- übergreifende Lösungen

Gesetzesänderungen, Hilfsangebote und Strafverfolgung sollen frei von sexistischen, rassistischen, und religionsbezogenen Denkmustern sein, damit einer Verfestigung von bereits bestehenden Diskriminierungen entgegengewirkt werden kann. Insbesondere muss der Prävention von sexualisierter geschlechtsbezogener Gewalt im öffentlichen und privaten Raum in allen Gesellschaftsgruppen größere Beachtung geschenkt werden.

STIMME ZU GENERATION EQUALITY



**Fikri Anil
Altıntaş**

HeForShe Botschafter für Deutschland

„Die Auseinandersetzung und Reflektion von toxischen Verhaltensweisen von Männlichkeit ist nicht nur ein gesellschaftliches Problem in Deutschland, sondern betrifft im Kern auch globale politische Strukturen und in welchem Maße Frauen darin partizipieren können. Durch die Frauenrechtskonvention CEDAW ist ein erster Meilenstein erreicht, die tatsächliche Gleichstellung zwischen Frauen und Mädchen zu erreichen. Aber aktuelle Zahlen zeigen deutlich: Wir stehen noch am Anfang. Besonders um auf globaler Ebene die wirksame Zusammenarbeit und eine Ermöglichung einer geschlechtergerechten Welt zu realisieren, müssen Frauen noch stärker an Friedensprozessen und politischen Entscheidungen beteiligt, aber auch vor jeglichen Formen sexualisierter Gewalt geschützt werden. Und ein wichtiger Schritt in diese Richtung heißt für Männer, sich kritisch mit ihren Rollenbildern zu beschäftigen und pro-feministisch den Kampf für eine geschlechtergerechte Welt zu beginnen. Denn der Abschied von toxischer Männlichkeit ist ein notwendiger Beginn für eine neue, feministische gesellschaftliche Utopie.“



ZIEL

WIRTSCHAFTLICHE STÄRKUNG VON FRAUEN – GLEICHER LOHN FÜR GLEICHWERTIGE ARBEIT – ALTERSARMUT SENKEN.

Die in Deutschland noch immer existierende Rentenlücke ist alarmierend. Laut BMFSFJ fällt die Alterssicherung von Frauen um 53% geringer aus als die von Männern. Dies spiegelt sich ebenso im Ergänzenden Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2020 wider. Auch besteht in Deutschland Ungleichheit im Besteuerungssystem, welches sich negativ auf Rentenzahlungen auswirkt. Die Einkommensunterschiede (Gender Pay Gap) haben somit weitreichende Folgen für das Altern in Würde.

Anmerkungen

Um den negativen Folgen eines geringen Einkommens und der drohenden Altersarmut entgegenzuwirken, empfehlen internationale Vereinbarungen, in allen Wirtschaftssektoren spezifische Maßnahmen für Frauen zu treffen. Arbeitnehmer*innenrechte sowie staatliche Sozialleistungen müssen der Lebenswirklichkeit angepasst werden und ein Altern in Würde sicherstellen.

CEDAW: Artikel 13 (b)

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau in allen Bereichen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, um der Frau nach dem Gleichheitsgrundsatz die gleichen Rechte wie dem Mann zu gewährleisten, insbesondere [...] das Recht, Bankdarlehen, Hypotheken und andere Finanzkredite aufzunehmen.

Pekinger Aktionsplattform:

F. Wirtschaft

Die strategischen Ziele F.1 bis F.6 empfehlen zu ergreifende Maßnahmen für den Erlass und die Durchsetzung von Rechtsvorschriften, die die Rechte von Frauen und Männern auf gleiche Bezahlung für gleiche oder gleichwertige Arbeit garantieren (165 a).

Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit: Resolution 2106

Die Resolution bekräftigt, dass die wirtschaftliche Ermächtigung von Frauen für die nachhaltige Prävention von sexualisierter Gewalt in bewaffneten Konflikten und in Post-Konfliktsituationen von zentraler Bedeutung ist.

Ziel 1 der Agenda 2030 zur Armutsbekämpfung:

Das Unterziel 1.3 fordert gerechte Sozialschutzsysteme. Indikator 1.3.1 berechnet den Anteil der Bevölkerung, der durch Sozialleistungen abgedeckt ist. Er zielt darauf ab, etwaige Benachteiligungen erkennen und beseitigen zu können. Hierbei wird ein besonderer Fokus auf die Faktoren Geschlecht, Alter und Behinderungen gelegt.

**In Deutschland
verfügen nur
10% aller Frauen
zwischen
30 und 50 Jahren
über ein
Nettoeinkommen
von mehr als 2.000€.**

Lücken in der aktuellen Umsetzung in Deutschland

Gerade die Auswirkungen von Covid-19 haben offengelegt, dass Frauen verstärkt unter dem schwierigen Zugang zum Arbeitsmarkt sowie zu Hilfeleistungen leiden. Bisher konzentrierte sich die Bundesregierung vorwiegend auf die Karrierechancen bereits privilegierter Akademikerinnen und Frauen in Führungspositionen: Durch die Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen sowie die Einführung einer gesetzlichen Quote in den Vorständen börsennotierter Unternehmen. Dabei sind es vor allem weniger qualifizierte Frauen im Niedriglohnsektor, die von prekären Arbeitsverhältnissen sowie Altersarmut betroffen sind.

Politische Forderung für generationsübergreifende Lösungen

Es bedarf altersgerechter Maßnahmen zur Eingliederung der von Armut betroffenen Frauen im erwerbstätigen Alter in das Erwerbsleben. Der uneingeschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt, ebenso wie die Anerkennung beruflicher Qualifikationen müssen auch für Migrant*innen gewährleistet werden. Die aktuelle Covid-19 Pandemie hat außerdem verdeutlicht, dass erwerbstätige Frauen ein funktionierendes staatliches Sozialversicherungssystem brauchen. Nur so können sie beispielsweise ihren familiären Sorgeverpflichtungen nachkommen, ohne ihre Lebensgrundlage zu verlieren (Deutscher Gewerkschaftsbund). Es bedarf Lösungsansätze, die den Gender Pay Gap und den Gender Care Gap gleichzeitig schließen helfen.

STIMME ZU GENERATION EQUALITY



**Marion
Böker**

Beraterin des Vereins der in der DDR
geschiedenen Frauen

*„Den in der DDR geschiedenen Frauen wurde 1990 bei der Deutschen Einheit durch die Rentenüberleitung 1/3 ihrer Rentenansprüche abgesprochen. 50% dieser Frauen hat nur deshalb eine Rente an und unter der Armutsgrenze nach einem Erwerbsarbeitsleben von 40 Wochenstunden und 40 Jahren. Es handelt sich um Rentenansprüche, die Frauen vor dem Absinken des Rentenbetrags durch Kinderbetreuung und Pflege schützte, was als Folge von geschlechterdifferenzierter Arbeitsteilung auch in der DDR zu 99% die Frauen betraf. Diese 30 Jahre währende Ungerechtigkeit der in der DDR geschiedenen Frauen, die etwa 17 weitere Gruppen von DDR Rentner*innen sowie die sog. ‘Kontingentflüchtlinge’ aus der ehemaligen Sowjetunion betrifft, hat den gesellschaftlichen inneren Frieden stark belastet. Die rechtsstaatliche Demokratie habe sich angreifbar gemacht und biete jenen, die sie destabilisieren wollen, eine offene Flanke. Es ist nicht nur eine dringende Frage der Frauen- und Menschenrechte, sondern auch der Friedenserhaltung, eine politische Lösung umzusetzen und den Fehler einzugestehen. Darüber hinaus muss die aktuell diskriminierende Lohnungerechtigkeit von 20% bei Frauen und der sich daraus ergebende gravierende Rentenverlust von 57% geschlossen werden.“*



ZIEL

DAS MENSCHENRECHT AUF KÖRPERLICHE UNVERSEHRTHEIT EINHALTEN.

Das Recht auf selbstbestimmte Familienplanung ist selbst in Deutschland nicht verwirklicht. So wird zum Beispiel der barrierefreie Zugang zu Informationen und zur Versorgung in Schwangerschaftskonflikten erschwert. Der Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte umfasst jedoch mehr als die Möglichkeit von Frauen, selbstbestimmt über die Anzahl und den Zeitpunkt der Geburt ihrer Kinder zu entscheiden. Insbesondere die medizinische Versorgung aller Schwangeren, eine ausreichende Verfügbarkeit von Hebammen und die Sicherstellung einer respektvollen Geburtshilfe muss gewährleistet werden. Besonders betroffen von der lückenhaften Versorgung sind Frauen aus dem ländlichen Raum. Das beeinträchtigt sie im Schutz, der Förderung und Erhaltung ihrer Gesundheit.

Anmerkungen

Der CEDAW-Ausschuss empfiehlt in den abschließenden Empfehlungen zum 7./8. Staatenbericht Deutschlands die Abschaffung der Pflichtberatung und Wartezeit vor einem Schwangerschaftsabbruch sowie die Kostenübernahme durch die Krankenversicherungen im Schwangerschaftskonflikt und spricht sich für eine bundesweit einheitliche Regelung aus, die es auch Frauen in Armut ermöglicht eine sichere Verhütung zu finanzieren.

CEDAW: Artikel 12 (1)

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau im Bereich des Gesundheitswesens, um der Frau gleichberechtigt mit dem Mann Zugang zu den Gesundheitsdiensten, einschließlich derjenigen im Zusammenhang mit der Familienplanung, zu gewährleisten.

Pekinger Aktionsplattform: C. Gesundheit: Strategische Ziele

Die strategischen Ziele C.1 bis C.6 fordern Regierungen, internationale Organisationen, namentlich auch zuständige Organisationen der UN, multilaterale Geber und nichtstaatliche Organisationen auf, Maßnahmen zu ergreifen: Zum Beispiel die Konzipierung gezielter Programme für Männer aller Altersstufen und heranwachsende Jungen, die vollständige und genaue Informationen über ein risikofreies, verantwortungsbewusstes Sexual- und Reproduktionsverhalten liefern sollen (108 I).

Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit: Resolution 2106

Die Resolution 2106 erkennt die dringende Notwendigkeit an, Überlebenden sexualisierter Gewalt zeitnah und diskriminierungsfrei Hilfsangebote zur Verfügung zu stellen und schließt hierbei explizit bedarfsgerechte sexual- und reproduktionsmedizinische Versorgung ein.

Ziel 3 der Agenda 2030 zur Sicherstellung eines gesunden Lebens für alle Menschen jeden Alters und Förderung des Wohlergehens

Das Unterziel 3.7 sieht vor, dass der allgemeine Zugang zu sexual- und reproduktionsmedizinischer Versorgung, Information und Aufklärung und die Einbeziehung der reproduktiven Gesundheit in nationale Strategien und Programme gewährleistet wird. Indikator 3.7.1 berechnet hierfür den Anteil der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren, die mit der Benutzung von Verhütungsmitteln ihren Anspruch auf selbstbestimmte Familienplanung umsetzen konnten.

Lücken in der aktuellen Umsetzung in Deutschland

Die Neufassung des § 219a StGB sollte zu einer Verbesserung der Informationslage für Frauen im Schwangerschaftskonflikt führen. Seit der Gesetzesänderung im Jahr 2019 ist es Ärzt*innen, Krankenhäusern und sonstigen Einrichtungen erlaubt, öffentlich darauf hinzuweisen, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Weiterführende Angaben, z. B. zu der Methode des Abbruchs, die für die Entscheidungsfindung der Betroffenen von großer Bedeutung sein können,

bleiben jedoch untersagt. Hinzu kommt, dass das Risiko der Strafverfolgung und die gesellschaftliche Stigmatisierung dazu führen, dass eine ausreichende Versorgung der Frauen im Schwangerschaftskonflikt nicht gewährleistet werden kann. Internationale Vereinbarungen weisen darauf hin, dass strukturell benachteiligte Personen aus einkommensschwachen Haushalten und aus dem ländlichen Raum stärker von der lückenhaften Versorgung betroffen sind.

Politische Forderung für generationsübergreifende Lösungen

Um das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung zu gewährleisten, muss die deutsche Bundesregierung die gesetzlich vorgeschriebene Beratung vor einem Schwangerschaftsabbruch abschaffen und Beratungsangebote, die freiwillig in Anspruch genommen werden können, ausbauen, um sie an den tatsächlichen Bedarf anzupassen. Der Schwangerschaftsabbruch sollte außerhalb des Strafgesetzbuches geregelt werden. Sowohl in der Stadt als auch in ländlichen Gebieten müssen nachhaltige politische Maßnahmen zur Reduzierung des Versorgungs- und Informationsnotstandes ergriffen werden (Pro Familia, 2020).



STIMME ZU GENERATION EQUALITY



Dr. Almut Wieland-Karimi

Geschäftsführerin des Zentrums für
Internationale Friedenseinsätze (ZIF)

„Als Geschäftsführerin des ZIFs ist die Einbeziehung einer Geschlechterperspektive in unserer Arbeit für mich besonders wichtig. Denn nur wenn die An-

liegen von Frauen und Mädchen stets mitgedacht und deren Handlungsmöglichkeiten gestärkt werden, kann Frieden inklusiv und nachhaltig sein. Als deutsches Kompetenzzentrum für internationale Friedenseinsätze versuchen wir den Beitrag von Frauen weltweit zu stärken, u.a. durch spezialisierte Trainings in Kooperation mit Polizei und Militär. Diese erweitern die Kompetenzen von Expertinnen und Experten zu Gender, Frieden und Sicherheit durch neue Ideen sowie den Austausch von Erfahrungen. Seit ich in der internationalen Politik tätig bin, bin ich immer wieder Frauen begegnet, deren Mut und Leidenschaft, sich für eine gerechtere und friedlichere Welt einzusetzen, mich stark beeindruckt haben. Ihre Stimmen in Friedensprozessen möchte ich stärken.“



ZIEL

DIE KLIMAKRISE BEWÄLTIGEN UND KLIMAGERECHTIGKEIT SCHAFFEN.

Frauen sind aufgrund struktureller Benachteiligungen und institutioneller Diskriminierung in den Entscheidungsprozessen des politischen und wirtschaftlichen Lebens immer noch in der Minderheit oder bleiben gänzlich unberücksichtigt. So sind insbesondere junge Frauen noch viel zu selten in dem für den Klimawandel wichtigen Wirtschaftssektor der erneuerbaren Energien eingebunden und sind nur in einer verschwindend geringen Anzahl bei politischen Verhandlungen zu Klimaabkommen vertreten. Geschlechtsspezifische Aspekte werden in der aktuellen deutschen Nachhaltigkeitsstrategie deutlich zu wenig berücksichtigt und generationsübergreifende Lösungsansätze bleiben weitgehend unbeachtet. Im Hinblick auf Deutschlands internationale Verpflichtungen zur Bekämpfung des Klimawandel, sollten mehr junge Erwachsene in die politischen Entscheidungsfindungen einbezogen werden.

Anmerkungen

Internationale Vereinbarungen empfehlen, den Klimawandel auf allen Ebenen zu bekämpfen und ihn in allen gesellschaftlichen Zusammenhängen inklusiv zu denken und Lösungen zu gestalten. In der deutschen Umwelt- und Klimapolitik muss die tatsächliche Partizipation von Frauen verschiedener Generationen an allen Entwicklungs- und Entscheidungsprozessen gewährleistet werden.

CEDAW:

Allgemeine Empfehlung Nr. 25

Der Klimawandel wirkt sich auf Frauen und Männer unterschiedlich aus. Die ungleiche Verteilung von Hilfe und Ressourcen ist weiterhin an soziale Hierarchien gebunden. Vor allem sind ältere Frauen wegen eines eingeschränkten Zugangs zu Ressourcen und Entscheidungsprozessen stärker gefährdet und benachteiligt. Und dies geschieht aufgrund ihrer physiologischen Besonderheiten sowie der gesellschaftlichen Normen und Rollenzuschreibungen.

Pekinger Aktionsplattform:

K. Umwelt

Die strategischen Ziele K.1 bis K.6 fordern Regierungen auf, Maßnahmen zu ergreifen, die die Chancen von Frauen erhöhen, an umweltpolitischen Entscheidungen auf allen Ebenen mitzuwirken, unter anderem durch die Wahrnehmung von Management-, Konzeptions- und Planungsaufgaben und durch die Teilhabe an Durchführung und Beurteilung von Umweltprojekten (253a).

Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit: Resolution 2212

Die Resolution 2212 betont, dass eine nachhaltige Veränderung gesellschaftlicher Strukturen nur dann erreicht werden kann, wenn auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen gewährleistet wird. Auch alle Lösungen für den Klimawandel machen ein grundlegendes Umdenken notwendig, daher müssen auch hier Frauen aus allen Altersstufen und unterschiedlichen Lebensumständen mitwirken.

Ziel 13 der Agenda 2030 zum Klimaschutz

Das Unterziel 13.b.1 fordert Mechanismen zum Ausbau effektiver Planungs- und Managementkapazitäten im Bereich des Klimawandels. Es wird eine gezielte Ausrichtung auf Frauen, junge Menschen sowie Initiativen lokaler und marginalisierter Gruppen gefordert.

Der Indikator 13.b.1 misst die Anzahl der Länder mit national festgelegten Beiträgen, langfristigen Strategien und nationalen Anpassungsplänen in diesem Bereich.

**Nur 38% aller
Delegierten der VN-
Klimakonferenz 2018
in Katowitz waren
Frauen.**

Lücken in der aktuellen Umsetzung in Deutschland

Internationale Vereinbarungen betonen, dass geschlechtssensible wie auch generationsspezifische Belange perspektivisch berücksichtigt werden müssen. Beispielsweise betrifft das Kinder und junge Erwachsene von Arbeiter*innen im Niedriglohnssektor, die häufig unzureichende finanzielle Mittel besitzen, um sich umwelt- und klimapolitisch engagieren zu können. Neben der fehlenden Diversität in der Ausgestaltung politischer Programme der deutschen Bundesregierung zur Förderung von Kindern und jungen Erwachsenen, wird diesem Aspekt zu wenig Beachtung geschenkt.

Politische Forderung für generations- übergreifende Lösungen

Damit in Deutschland Umwelt- und Klimagerechtigkeit als Querschnittsthema wirksam werden kann, müssen die Vorgaben der deutschen Bundesregierung sowie die Umsetzungswege der Wirtschaft inklusiv konzipiert werden. Aufgrund der Dringlichkeit für zukunftsfähiges unmittelbares Handeln, müssen junge Akteur*innen strukturell auf allen Ebenen in politische Prozesse der Bundesregierung eingebunden werden. Die Hürden, die ihre Partizipation erschweren, müssen beseitigt werden (Women Engage for a Common Future).

STIMME ZU GENERATION EQUALITY



**Dr. Gabriele
Köhler**

Assoziierte Entwicklungs-Ökonomin am
United Nations Research Institute for Social
Development

„Jedes der 16 anderen Versprechen der Ziele der globalen Agenda 2030 kann nur eingelöst werden, wenn Ungleichheit und damit strukturelle Ungerechtigkeit (Ziel 10) angepackt würden. Die Auswirkungen der COVID-19 Pandemie sind dabei perverserweise zu einem Brennglas von Ungerechtigkeiten geworden: sie legt die asymmetrischen Machtstrukturen in Familien, in der bezahlten und unbezahlten Arbeitswelt, im Bildungs- und Gesundheitswesen, in der Politik, bloß. Über Patriarchat, Rassismus, Kastenwesen und den ungefesselten Kapitalismus wird nun mehr gesprochen, obwohl diese Strukturen nicht in der Agenda 2030 thematisiert werden. Um Ziel 10 zu erreichen, brauchen wir einen demokratischen, klima- und gendergerechten Sozialvertrag. Und das überall! Wege dazu wären zum Beispiel menschenwürdige Arbeitsverhältnisse, universelle Sozialversicherung, Steuertransparenz, ein verbindliches Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten, und Schuldenerlass für einkommensarme Länder. Vielleicht ließen sich dann auch gewalttätige Konflikte und die Zerstörung des Planeten überwinden.“



ZIEL

DIGITALE TRANSFORMATION GESCHLECHTSENSIBEL GESTALTEN.

Neue Technologien sind eine Chance für den gesellschaftlichen Fortschritt. Sie können jedoch auch bereits bestehende Ungerechtigkeiten im gesellschaftlichen Zusammenhang deutlich verstärken. So werden Geschlechterklischees oft von der „offline“ Welt in Digitalisierungsprozesse (un-)bewusst übernommen. Auch geschlechtsbasierte Gewalt macht vor dem digitalen Raum keinen Halt. Im Internet werden Politiker*innen und Aktivist*innen beleidigt, gestalkt, angefeindet und mit Hasstiraden überzogen. Die noch unzureichende Strafverfolgung von digitaler Gewalt in Deutschland, die zunehmend in reale Gewalt umschlägt, ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass in Deutschland noch ein Gender Data Gap, d.h. eine geschlechtsspezifische Datenlücke existiert.

Anmerkungen

In den internationalen Vereinbarungen wird gefordert, dass im Zuge der digitalen Transformation der Zugang zu Technologien sowie zu Weiterbildungsformaten für alle Frauen sichergestellt wird. Dazu ist eine geschlechtersensible und altersgerechte Datenerhebung notwendig.

CEDAW:

CEDAW nimmt keinen Bezug auf Digitalisierung. Jedoch wurden die Allgemeinen Empfehlungen Nr. 19 und Nr. 35 zu geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen diesbezüglich angepasst. In dieser Aktualisierung wird betont, dass Frauen ihr ganzes Leben hindurch von Gewalt bedroht sind und diese in allen Bereichen, dem öffentlichen wie dem privaten, vorkommt, auch im Internet und im digitalen Raum.

Pekinger Aktionsplattform

Digitalisierung war 1995 noch kein Bestandteil der Pekinger Erklärung und Aktionsplattform. Der nach regionalen Konsultationen im Jahr 2020 entstandene UN-Jugendbericht ruft jedoch unter dem Abschnitt „3.2 Technologie und Gender“ dazu auf, die unterschiedlichen Diskriminierungsformen, die Frauen und Mädchen aus technischen Berufen ausschließen, abzubauen. Des Weiteren soll bei der Entwicklung neuer Technologien die bestehende Datenlücke geschlossen werden, die insbesondere die Lebensrealitäten von nicht-weißen, queeren und Frauen mit Behinderung bei der Entwicklung neuer Technologien ausblendet.

Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit: Resolution 2242

Die Resolution stellt fest, dass Mädchen und Frauen von Gewalt anders und stärker betroffen sind, dies gilt auch bei Gewalt im digitalen Raum. Damit ihre Partizipation am öffentlichen Leben, ihre Gesundheit und Bildungschancen nicht mehr eingeschränkt werden, wird hervorgehoben, dass auf ihre daraus resultierenden besonderen Bedürfnisse entsprechend Rücksicht zu nehmen ist.

Ziel 5 der Agenda 2030 zur Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung:

Das Unterziel 5.b. fordert die Nutzung von Grundlagentechnologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, um die Selbstbestimmung von Frauen zu fördern. Indikator 5.b.1. misst den Anteil der Personen, die ein Mobiltelefon besitzen. Zusätzlich sollte geprüft werden, inwiefern Frauen Zugang zu digitalen Dienstleistungen wie Onlinebanking, Sozialleistungen oder Fortbildungsmaßnahmen haben. In Deutschland hängt der Zugang besonders stark von den digitalen Angeboten für bestimmte Altersgruppen ab.

Lücken in der aktuellen Umsetzung in Deutschland

In den internationalen Vereinbarungen wird darauf hingewiesen, dass vorhandene Klischees, Sexismen und Altersdiskriminierungen in den neuen Technologien reproduziert werden. In Deutschland wird aktuell die Notwendigkeit noch nicht gesehen, eine geschlechtsspezifische Datenerhebung durchzuführen, unter anderem bei der „Strategie Künstliche Intelligenz“ der

Bundesregierung. Somit entsteht bei der Programmierung und Anwendung den Algorithmen in sozialen Netzwerken und Dienstleistungsprogrammen ein Gender Data Gap.

Politische Forderungen für generationsübergreifende Lösungen

Der barrierefreie Zugang zu digitalen staatlichen Dienstleistungen muss Standard werden. Die hierfür verwendeten Algorithmen müssen bewusst alle Faktoren der Diskriminierung berücksichtigen (z.B. Geschlecht, Sprache, Alter), damit keine neuen Ungerechtigkeiten entstehen. Um dies zu überprüfen, muss ein staatliches Gremium geschaffen werden, das nach Diversitätsaspekten besetzt ist. Auch ist eine signifikante staatliche Förderung der geschlechtsspezifischen Datenerhebung aller digitalen Angebote in Deutschland notwendig. Um lebenslanges digitales Lernen zu ermöglichen, muss sich die deutsche Bundesregierung dafür einsetzen, virtuelle Weiterbildungsangebote geschlechter- und altersgerecht zu gestalten (Deutscher Frauenrat).



STIMME ZU GENERATION EQUALITY



**Robert
Franken**

HeForShe Botschafter für Deutschland

„Männer sind der Schlüssel zu Gleichberechtigung und Inklusion. In Unternehmen sind es insbesondere die Männer in Macht- und Entscheidungspositionen, deren Verantwortung es ist, die Rahmenbedingungen für faire Teilhabe zu schaffen. Sie sind in der Regel Teil einer gesellschaftlichen und/oder organisationalen Norm und haben somit eine Position, aus der heraus sie gefahrlos Veränderung treiben können, ja müssen. Ziel ist die Herstellung von Safe Spaces unter gleichzeitiger Anerkennung der Mental Load von intersektional diskriminierten und/oder marginalisierten Menschen. Ein Schlüssel ist das Konzept der Psychological Safety: Menschen erfahren Akzeptanz und Respekt und können sich so ohne Angst vor negativen Konsequenzen in ihrer ganzheitlichen Persönlichkeit einbringen. Dadurch werden die Herausforderungen geschaffen, dass Diversity wirksam werden kann. Gleichzeitig wird der Fokus etwa von Frauen genommen, von denen z. T. erwartet wird, sich in bestehenden Systemen zu bewähren, statt auf die Systeme selbst zu blicken und diese zu verändern bzw. ‘inklusiver’ zu gestalten. Getreu dem Motto: Stop fixing women, fix the system.“



ZIEL

DIE GLEICHBERECHTIGTE PARTIZIPATION VON FRAUEN IN ALLEN BEREICHEN DES ÖFFENTLICHEN LEBENS.

Ohne eine nachhaltige Finanzierung von feministischen Organisationen und Programmen wird der gesellschaftliche Wandel hin zu einer inklusiven gleichberechtigten Gesellschaft auch in Deutschland nicht gelingen. Die Erreichung gleichberechtigter Teilhabe aller Geschlechter an politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen muss gewährleistet werden. Die feministischen Bewegungen in Skandinavien und deren Führungspersonlichkeiten in Politik weisen uns in Deutschland dabei vorbildhaft den Weg.

Anmerkungen

Internationale Vereinbarungen empfehlen, eine langfristige Partizipation von feministische Organisationen und deren Programmen zu gewährleisten. Um Frauen partizipative Gestaltungsmöglichkeiten im politischen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, müssen gesetzliche Maßnahmen vorangetrieben werden.

CEDAW: Artikel 3

Die Vertragsstaaten treffen auf allen Gebieten, insbesondere auf politischem, sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, alle geeigneten Maßnahmen einschließlich gesetzgeberischer Maßnahmen zur Sicherung der vollen Entfaltung und Förderung der Frau, damit gewährleistet wird, dass sie die Menschenrechte und Grundfreiheiten gleichberechtigt mit dem Mann ausüben und genießen kann.

Pekinger Aktionsplattform: H. Institutionelle Mechanismen zur Förderung von Frauen

Die strategischen Ziele H.1. bis H.3. fordern Maßnahmen seitens der Regierung, vor jeder Grundsatzentscheidung eine Analyse hinsichtlich ihrer Auswirkung auf Männer und Frauen vorzunehmen (204a). Zudem soll die regelmäßige Erstellung einer statistischen Veröffentlichung über die Geschlechter sichergestellt werden, die aktuelle Daten und Informationen über Frauen und Männer verständlich bereitstellt und aufbereitet (207a).

Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit: Resolution 1889

Der Sicherheitsrat fordert die Mitgliedstaaten, die internationalen und die regionalen Organisationen nachdrücklich auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Mitwirkung von Frauen an allen Phasen von Friedensprozessen zu verbessern: Frauen sollen verstärkt in die politische und wirtschaftliche Entscheidungsfindung in der Frühphase von Wiederherstellungsprozessen einbezogen werden.

Ziel 5 der Agenda 2030 zur Gleichberechtigung und Selbstbestimmung:

Das Unterziel 5.c. fordert durchsetzbare Rechtsvorschriften zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter auf allen Ebenen. Der Indikator 5.c.1. berechnet den Anteil des staatlichen Gender-Mainstreamings. Somit kann beispielsweise der Beitrag jeglicher Mittelzuwendungen für die Geschlechtergerechtigkeit und die Stärkung der Rolle der Frau transparenter gemacht werden. Eine solche Praxis ist Teil der politischen Maßnahme des sogenannten Gender Mainstreaming.

Lücken in der aktuellen Umsetzung in Deutschland

Noch stehen zu selten deutschen Frauenrechtsorganisationen und ihren Programmen ausreichende staatliche Finanzierungsmittel zur Verfügung. Das erschwert eine konsequente Interessenvertretung der gleichstellungspolitisch relevanten Belange in der deutschen Politik. Der Frauenanteil in Führungspositionen von Politik und Wirtschaft, in Wissenschaft und Technik ist außerordentlich niedrig,

ebenso ist die Parität von Frauen und Männern im Bundestag und anderen Parlamenten und Räten noch lange nicht erreicht. Laut des Gender Equality Index der Europäischen Union zum Stand der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen auf allen gesellschaftlichen Ebenen, befindet sich Deutschland mit 67,5% nur im Mittelfeld.

Politische Forderung für generationsübergreifende Lösungen

Um eine tatsächliche Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen der Gesellschaft in der näheren Zukunft zu erwirken, bedarf es unterschiedlicher gesetzgeberischer Maßnahmen und ergänzende freiwillige Verpflichtungen. Organisationen wie ADEFRA (ADEFRA e.V.), eine Initiative Schwarzer Frauen in Deutschland, fordern die Bundesregierung dazu auf, eine geschlechtergerechte Verteilung von Ressourcen umzusetzen. Nur mit verlässlicher Finanzierung können alle zivilgesellschaftlichen Gruppierungen stabile Infrastrukturen aufbauen, nachhaltige Projekte entwickeln und an den politischen Gestaltungsprozessen der Gesellschaft teilhaben.



STIMME ZU GENERATION EQUALITY



**Tiaji
Sio**

Konsultssekretärin des Auswärtigen Amtes

„Kernaufgabe des Auswärtigen Dienstes, für den ich tätig bin, ist es, Deutschland und seine Interessen im Ausland zu vertreten. Dieser Auftrag ist noch besser zu erfüllen, wenn sich die Vielfalt der Gesellschaft auch in der eigenen Belegschaft wiederfindet. Die Initiative Diplomats of Color ist ein ehrenamtliches Netzwerk innerhalb des Auswärtigen Amtes (AA), das sich für Diversität und Inklusion einsetzt. Wir möchten im Auswärtigen Amt zum Aufbau rassismuskritischer Strukturen beitragen. Dabei geht es darum, das AA zu einem Ort zu machen, den sich Black, Indigenous and People of Color genauso als Arbeitgeber vorstellen können wie weiße Menschen, und unabhängig von ihrem Einsatzort Wertschätzung erfahren. Wir arbeiten dahin, dass das AA als Arbeitgeber die notwendigen strukturellen Voraussetzungen schafft und außenpolitische Sachverhalte selbstkritisch sowie aus verschiedenen Perspektiven heraus betrachtet. Nur so können wir im internationalen Kontext umso glaubhafter für Menschenrechte, Frieden und Sicherheit eintreten.“

**Ohne mich bist
du nichts,
hat er gesagt.**

**Aber jetzt
rede ich:**



08000 116 016



HILFETELEFON
GEWALT GEGEN FRAUEN



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Bundesamt
für Familie und
zivilgesellschaftliche Aufgaben



anonym + kostenfrei + 24 h + mehrsprachig
Online-Beratung: www.hilfetelefon.de



Illustration: UN Women



GENERATION EQUALITY: REALITÄT ODER UTOPIE?

**Erreichtes steht auf
dem Spiel**

**Mehrfachdiskriminierungen
überwinden**

**Eine geschlechtergerechte
Zukunft gestalten**

GENERATION EQUALITY REALITÄT ODER UTOPIE?

ERREICHTES STEHT AUF DEM SPIEL

Auf dem Weg zu einem geschlechtergerechten Deutschland wurden bereits zahlreiche Meilensteine mit Hilfe der internationalen Vereinbarungen erreicht. Diese Errungenschaften verdienen große Beachtung, allerdings verdeutlichen die Action Coalitions, dass es noch zahlreiche Umsetzungslücken in Deutschland gibt, wie zum Beispiel auf dem Arbeitsmarkt oder in der Gesundheitsversorgung. Es ist unerlässlich, dass die Bundesregierung zur Verwirklichung aller sechs Action Coalitions aktiv beiträgt.



STIMME ZU GENERATION EQUALITY



Jeannette Böhme

Referentin für Politik und
Menschenrechte bei
medica mondiale e. V. Deutschland

„Die Verabschiedung der UN-Resolution 1325 war bahnbrechend, denn sie stellt einen Paradigmenwechsel dar: Nicht der Staat, sondern die Interessen von Frauen und Mädchen stehen im Mittelpunkt. Doch wie steht es um ihre Verwirklichung 20 Jahre später? Trotz der bedeutsamen normativen Errungenschaft ist die Resolution 1325 für über 264 Millionen Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten eher noch eine rhetorische Absichtserklärung geblieben.

*Konkrete Fortschritte müssen auch heutzutage von Frauenrechtsaktivist*innen weltweit hart erkämpft werden. Zu diesem Schluss kam auch der UN-Generalsekretär António Guterres in seinem jährlichen Bericht zu 'Frauen, Frieden und Sicherheit' an den Sicherheitsrat. Aufgrund der Covid-19 Pandemie habe sich die Situation von Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten sogar weiter verschärft: Geschlechtsbasierte Gewalt ist gestiegen, und es ist zu befürchten, dass die Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen weiter eingeschränkt wird. In vielen Staaten fehlt der politische Wille, die Agenda zu verwirklichen und ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.*

Die Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit steht auch politisch unter Druck. So untergraben mächtige Mitgliedstaaten im Sicherheitsrat Frauenrechte. So wurde beispielsweise das Recht auf sichere Schwangerschaftsabbrüche unter starkem Einfluss der USA nicht in die Resolution 2476 aufgenommen.

Nach wie vor bleibt problematisch, dass die Bundesregierung die Agenda vorrangig als Instrument der Frauenförderung behandelt. Geschlechtersensible Analysen von politischen Entscheidungen existieren kaum, dabei sind diese unerlässlich. Denn die Klimakrise oder der weltweit zunehmende Demokratieabbau stellen eine Gefahr für Frieden und Sicherheit dar. Sie haben geschlechtsspezifische Auswirkungen und bedürfen geschlechtergerechter innen- sowie außenpolitischer Lösungen. Die Bundesregierung muss ihren internationalen Verpflichtungen gerecht werden. Denn angesichts der Bedrohungen für Frauenrechte weltweit ist die Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit heute wichtiger denn je.“

MEHRFACHDISKRIMINIERUNGEN ÜBERWINDEN

Geschlechtergerechtigkeit ist auch in Deutschland erst erreicht, wenn alle hier lebenden Menschen im privaten und im öffentlichen Raum frei von (Mehrfach-) Diskriminierungen leben können. Das Ziel in der Umsetzung der internationalen Vereinbarungen ist es, die sich häufig überschneidenden Diskriminierungsmerkmale auch in deutschen Kontexten zu bekämpfen. Zu den auffälligsten gehören dabei Rassismus, Sexismus, Klassismus. Intersektionalität und Intergenerationalität sind Grundbausteine zur Überwindung von Diskriminierungen.



STIMME ZU GENERATION EQUALITY



Aminata Touré

Landtagsvizepräsidentin im Landtag
Schleswig-Holstein

*„Seit 2017 bin ich unter anderem frauenpolitische Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion und seit 2019 Landtagsvizepräsidentin im Landtag Schleswig-Holstein. Dass ich, als Schwarze Frau, in der Politik bin, ist nicht allein mein Verdienst. Es ist der Verdienst aller Feminist*innen vor uns. Zu glauben, der Feminismus sei damit jedoch am Ende und der Kampf und Deutungshoheiten, Repräsentation und Macht beendet, wäre jedoch ein Trugschluss. Können wir wirklich von Gleichheit und Gerechtigkeit sprechen, wenn Frauen mit Behinderung, Trans-, Inter-, muslimische, schwarze, jüdische Frauen, Sint*izze und Rom*nja und so viele mehr nicht mitgedacht werden? Nach wie vor sind deren Menschenrechte umkämpft – auch in Deutschland.*

Und nach wie vor werden unterschiedliche Positionen und daraus resultierende Probleme nicht mitgedacht. Doch wenn schon bei der Artikulation von Problemen diese Positionen verkannt werden, dann können auch keine wirksamen Lösungsansätze gefunden werden.

*Ein feministischer Frieden mag im ersten Moment wie ein utopisches Zukunftsszenario klingen. Sollten wir uns deshalb kleinere Ziele setzen? Nein. Ich möchte die Leser*innen dazu ermutigen, in dieser Utopie keine Schwäche, sondern eine Möglichkeit zu sehen. Denn mit einer feministischen Utopie vor Augen können wir uns mit den Kritiken aus unterschiedlichen feministischen Communities auseinandersetzen. Der Traum eines feministischen Friedens ist nicht in der Zukunft verortet, sondern betrifft das Hier und Jetzt. Diese Utopie ist als Handlungsanweisung zu verstehen, die es uns ermöglicht, nie aufzuhören Forderungen zu stellen, sondern immer voranzugehen – gemeinsam.“*

EINE GESCHLECHTERGERECHTE ZUKUNFT GESTALTEN

Durch die Peking+25 Action Coalitions rücken Regierungen, NGOs, Stiftungen und die freie Wirtschaft bei dem Kampf für Geschlechtergerechtigkeit stärker zusammen. Eine engere Zusammenarbeit aller ist wichtig, jedoch muss dies auch generationsübergreifend geschehen. Nur so können die Errungenschaften feministischer Bewegungen aufrechterhalten und zukunftsorientiert weitergeführt werden. Denn die Herausforderung unserer Zeit wie die Bekämpfung des Klimawandels oder die digitale Transformation sind Herausforderungen, die alle Altersgruppen betreffen.



Credit: UN Women Deutschland

DER BLICK NACH VORNE

DR. URSULA SAUTTER



Mehr als 20 Jahre nach der wegweisenden Annahme der Pekinger Aktionsplattform und der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats haben sich Regierungschef*innen und hochrangige internationale Vertreter*innen aus allen Bereichen der Gesellschaft beim virtuellen Generation Equality Forum (GEF) vom 30. Juni bis zum 2. Juli 2021 in Paris nicht nur zu bahnbrechenden Investitionen von \$40 Milliarden und einem verstärkten Engagement für die Gleichstellung der Geschlechter verpflichtet. Sie haben außerdem den „Pakt für Frauen, Frieden,

Sicherheit und humanitäre Hilfe“ (Compact on Women, Peace and Security and Humanitarian Action) ins Leben gerufen, der die sechs Aktionsbündnisse (Action Coalitions) des GEF ergänzen und Synergien ermöglichen wird.

All dies war mehr als überfällig und ist deshalb umso wichtiger: Schon seit Dekaden wird darüber geredet, von welcher fundamentalen Bedeutung Gleichberechtigung für uns alle ist, aber allzu oft sind den Worten keine Taten gefolgt. So wurden von den Stakeholdern immer wieder finanzielle Mittel angekündigt, die dann aber gar nicht oder nur in verringerter Höhe flossen. Doch ohne die langfristige Finanzierung der zahllosen Maßnahmen, die es für die Erreichung des transformativen Ziels der Geschlechtergleichstellung braucht, bleibt diese lediglich genau das: ein Ziel.

Ebenso wichtig für die Wirksamkeit von zukünftigen Gesetzen, politischen Programmen und anderen Gleichstellungsmaßnahmen ist deren Verbindlichkeit: Denn nur, wenn Vereinbarungen und deren Überprüfung verpflichtend sind, können Regierungen zur Rechenschaft („Accountability“) gezogen werden. Auch deshalb ist der mit dem GEF gefundene Konsens als Wendepunkt zu betrachten.

Zum größten Fortschritt zählt: Gender Equality ist besonders durch den wachsenden Druck der Zivilgesellschaft inzwischen zur „Chef*innensache“ geworden. Und nur auf einer solchen Basis des guten politischen Willens können Gesetze erlassen, Gelder generiert und nachhaltige Maßnahmen umgesetzt werden.

Und so lässt sich vielleicht doch in der nahen Zukunft das Bewusstsein schaffen, dass jeder Gewinn für Frauen nicht automatisch einen Verlust für Männer bedeutet, sondern einen Gewinn für beide: Eine gerechtere und bessere Welt, in der alle Menschen in Frieden und Sicherheit leben.

Dr. Ursula Sautter

Dr. Ursula Sautter
stellvertretende Vorsitzende UN Women Deutschland

ANHANG

STIMMEN ZU GENERATION EQUALITY

Anil Altıntaş

Deutscher HeForShe Botschafter
Thema: HeForShe
Seite: 27

Dr. Hannah Birkenkötter

Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft
für die Vereinten Nationen
Thema: Agenda 2030
Seite: 20

Marion Böker

Beraterin des Vereins für in der DDR
geschiedenen Frauen
Thema: CEDAW
Seite: 30

Jeannette Böhme

Referentin für Politik und Menschenrechte
bei medica mondiale e.V.
Thema: Agenda zu Frauen, Frieden und
Sicherheit
Seite: 27

Robert Franken

Deutscher HeForShe Botschafter
Thema: HeForShe
Seite: 39

Sascha Gabizon

Executive Director von Women Engaged
for a Common Future
Thema: Pekinger Erklärung und
Aktionsplattform
Seite: 14

Dr. Gabriele Köhler

Assoziierte Entwicklungsökonomin des
United Nations Research Institute for
Social Development
Thema: Agenda 2030
Seite: 36

Aminata Touré

Landtagsvizepräsidentin im Landtag
Schleswig-Holstein
Thema: Intersektionalität
Seite: 49

Prof. Dr. Beate Rudolf

Direktorin des Deutschen Instituts
für Menschenrechte
Thema: CEDAW
Seite: 12

Tiaji Sio

Referentin des Auswärtigen Amtes
Thema: Intersektionalität
Seite: 42

Dr. Almut Wieland-Karimi

Geschäftsführerin des Zentrums für
Internationale Friedenseinsätze
Thema: Frauen, Frieden und Sicherheitsagenda
Seite: 33

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Auswärtiges Amt. 2017.

*Umsetzungsbericht zum Aktionsplan der
Bundesregierung zur Umsetzung von Resolution
1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen
für den Zeitraum 2013 bis 2016.*

Auswärtiges Amt. 2017.

*Aktionsplan der Bundesregierung zur Umset-
zung von Resolution 1325 zu Frauen, Frieden,
Sicherheit des Sicherheitsrats der Vereinten
Nationen für den Zeitraum 2017 bis 2020.*

Birkenkötter, H., G. Köhler und A. Stock. 2019.

*A Tale of Multiple Disconnects: Why the 2030
Agenda Does Not (Yet?) Contribute to Moving
German Gender Equality Struggles Forward.*

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2016.

*Mitten im Leben. Wünsche und Lebenswirklich-
keiten von Frauen zwischen 30 und 50 Jahren.*

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2020.

*PEKING +25: Bericht der Bundesregierung der
Bundesrepublik Deutschland zur Umsetzung der
Pekinger Erklärung und Aktionsplattform.*

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 1979.

*Übereinkommen der Vereinten Nationen zur
Beseitigung jeder Form von Diskriminierung
der Frau (CEDAW).*

Bündnis 1325. 2018.

Für eine menschenrechtsbasierte und geschlechtergerechte Außenpolitik. Handlungsbedarfe zur Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit.

Bündnis 1325. 2020.

Policy Briefing zum Dritten Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung: Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit: Was zählt, ist die Implementierung.

CEDAW-Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland. 2016.

Alternativbericht CEDAW.

CEDAW-Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland. 2019.

Stellungnahme anlässlich des 40. Jubiläums der Frauenrechtskonvention (CEDAW) sowie des 25. Jubiläums der Pekingener Erklärung und Aktionsplattform.

UN Women. 2018.

Den Versprechen Taten folgen lassen: Gleichstellung der Geschlechter in der Agenda 2030.

UN Women Deutschland. 2020.

Stellungnahme von UN Women Deutschland zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung.

UN Women Deutschland. 2020.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Gleichstellung in der Agenda 2030.

UN Women. 2015.

Global Study on the Implementation of United Nations Security Council resolution 1325.

Women Engage for a Common Future. 2020.

Gender Equality on the Ground: Feminist findings and recommendations for achieving Agenda 2030.

ÜBER DIE AUTORINNEN

Miriam Mona Müller forscht als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Heinrich-Heine Universität Düsseldorf zu regionalen Aktionsplänen der Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit und war zuvor rund zwei Jahre bei UN Women Deutschland beschäftigt.

Nasime Salehi ist Rechtsreferendarin am Landgericht Mannheim und ehemalige Praktikantin von UN Women Deutschland.

Nora Teuma ist seit 2021 Mitglied des Vorstandes von UN Women Deutschland. Sie absolviert einen Master-Studiengang in Bevölkerungsstudien an der Universität Pompeu Fabra in Barcelona und an der Universität Groningen.

IMPRESSUM

Die geäußerten Ansichten in den *Stimmen zu Generation Equality* stellen kontextbezogene Beiträge dar und sind nicht notwendigerweise die Ansichten von UN Women Deutschland, der Vereinten Nationen oder einer der ihr angeschlossenen Organisationen.

Text:

Miriam Mona Müller, Nasime Salehi, Nora Teuma

Redaktion:

Dr. Ursula Sautter

Gestaltung:

Ortrud Ladleif




Titelfoto:

UN Women/Ryan Brown

© 2021 UN Women e.V. Deutschland. Alle Rechte vorbehalten.



Wittelsbacherring 9 | 53115 Bonn | +49 (0)228 454934 0
Anklamer Straße 38 | 10115 Berlin | +49 (0)30 3034620
www.unwomen.de | info@unwomen.de

 /unwomengermany  /unwomen_germany  /unwomengermany